



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Mag.a Uli Taberhofer

Donnerstag, 01. Juni 2017

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Beibehaltung und Sicherstellung der im Jahr 2012 beschlossenen Leistungen der SozialCard sowie Prüfung einer möglichen Ausweitung der Leistungen

Im Oktober 2012 wurde in Graz die SozialCard eingeführt. Damit wurde eine über viele Jahre von der KPÖ geforderte Maßnahme zur sozialen Unterstützung jener Teile der Bevölkerung realisiert, die aufgrund ihres geringen Einkommens unter wirtschaftlich schwierigen Umständen leben müssen und damit Gefahr laufen, gesellschaftlich isoliert zu werden.

In diesem ersten wichtigen Schritt wurden Leistungen, wie die ermäßigte Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel im Rahmen der SozialCard Mobilität, der Heizkostenzuschuss, die Schulaktion und die Weihnachtsbeihilfenaktion des Grazer Sozialamtes, die Teilnahme an der „Team Österreich Tafel“ sowie an der Aktion „Hunger auf Kunst und Kultur“ in das Leistungspaket aufgenommen. Für uns als KPÖ war und ist es jedoch immer Ziel, weitere Leistungen, die gerade für Grazerinnen und Grazer mit geringem Einkommen von besonderer Bedeutung wären, als zusätzliche Angebote der SozialCard zu berücksichtigen.

Leider ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Ausweitung der Leistungen oder der anspruchsberechtigten Personen in Diskussion, sondern im Gegenteil, Leistungen, wie Weihnachtsbeihilfe oder Heizkostenzuschuss sollen auf Perspektive eingeschränkt und wieder extra beantragt werden müssen. Geld und Leistungen bei den Menschen zu kürzen, die an und unter der Armutsgrenze leben und deren gesellschaftliche Teilhabe bereits jetzt immer weniger gegeben ist, ist Sparen auf Kosten der Ärmsten. Es ist die falsche Herangehensweise, um sicherzustellen, dass das Sozialsystem auch künftig finanzierbar sein soll. Aktuell haben 10.422 Personen in Graz eine SozialCard und ein weiterer Anstieg der Anspruchsberechtigten ist aufgrund hoher Arbeitslosigkeit und wachsender Armut zu erwarten, wenn nicht z.B. mehr Arbeitsplätze und ein gesetzlicher Mindestlohn als „strukturelle Maßnahmen“ umgesetzt werden. Denn das ist die einzige Lösung, dass die Menschen mit ihrem Einkommen auskommen und ein menschenwürdiges Leben führen können. Die finanzielle Absicherung der SozialCard ist eine

wichtige kommunale Aufgabe und muss auch künftig für alle Anspruchsberechtigten gewährleistet sein.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

- 1. Die Stadt Graz bekennt sich zur Beibehaltung der derzeit geltenden Leistungen im Rahmen der im Jahr 2012 beschlossenen SozialCard.**
- 2. Darüber hinaus werden die zuständigen Stellen der Stadt Graz beauftragt zu prüfen, in welchen Bereichen und in welchem Umfang eine Ausweitung der SozialCard-Leistungen vorstellbar ist und realisiert werden kann.**